

## Zum Problem des Bildungsdefizits von Frauen in der Bundesrepublik

---

*Dipl.-Volkswirt Gerhard Bäcker, Jahrgang 1947, studierte Volkswirtschaftslehre in Köln. Er ist gegenwärtig wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln und Mitarbeiter im Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik Köln.*

*Das geschlechtsspezifische Bildungsgefälle:  
Ausdruck der Benachteiligung der Frau*

Die gesellschaftliche Benachteiligung der Frau in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Unterordnung unter den Mann machen sich maßgeblich in dem Grad ihrer Bildung und Ausbildung fest. Stehen nach langen Kämpfen um die Gleichberechtigung dem Recht auf Bildung für Frauen zwar keine formalen Schranken mehr gegenüber<sup>1</sup>, so zeigt doch die Repräsentanz von Mädchen und Frauen auf den jeweiligen Bildungsstufen sowie ihr erworbenes Qualifikationsniveau, daß noch immer ein ungebrochenes geschlechtsspezifisches Bildungsgefälle existiert. Trotz einer in den letzten Jahren feststellbaren tendenziellen Höherqualifizierung der Frauen weist die Mehrzahl von ihnen auch heute noch gegenüber den Männern erhebliche Bildungs- und Ausbildungsdefizite auf:

Mit steigender Bildungsstufe sinkt der Anteil weiblicher Schüler und Studenten beständig ab. Erreichen Mädchen in der Grundschule noch den Erwartungswert der Geschlechterverteilung, sind sie im Gymnasium nur noch zu 45,7 Prozent vertreten. Die Hoch- und Fachhochschulreife erzielen 36,4 Prozent; an sämtlichen Hochschulen studieren 32,2 Prozent. Bei der Doktorprüfung schließlich finden wir lediglich zu 15,4 Prozent weibliche Kandidaten<sup>2</sup>.

Die Übergänge im Bildungssystem stellen damit Auslesepunkte dar, die Mädchen auf untere und mittlere Bildungsabschlüsse hinlenken. Mit der Schulausbildung wird gleichzeitig die Beschränkung auf ein enges, auf „weibliche“ Tätigkeiten bezogenes Berufsspektrum vorbestimmt. Überrepräsentiert sind Schülerinnen in der Realschule und in den Fach- und Berufsfachschulen. Hier werden die

---

1 Zum historischen Abriß vgl. Herve, F., Studentinnen in der BRD, Köln 1973, S. 9 ff.

2 Sämtliche Daten beziehen sich auf das Jahr 1972, nach: Statistisches Jahrbuch 1974, Stuttgart und Mainz 1974. S. 84 ff.

mittleren Qualifikationen für die frauenorientierten pädagogischen, sozialpflegerischen, Handels- und Verwaltungsberufe vermittelt. Vor allem jedoch auf den unteren Stufen des Ausbildungsbereiches wird die Diskrepanz zwischen formaler Gleichberechtigung und faktischer Benachteiligung ersichtlich. Von den jugendlichen abhängigen Erwerbstätigen stehen 73 Prozent der Männer, aber nur 45 Prozent der Frauen in einem Ausbildungsverhältnis. Weibliche Auszubildende konzentrieren sich auf wenige Ausbildungsberufe — in denen dem naturwissenschaftlich-technischen Zweig eine nur geringe Bedeutung zukommt —, ihre Ausbildungsdauer ist relativ kurz, sie wählen häufig Anlernberufe<sup>3</sup>. Festzuhalten bleibt weiterhin, daß die Qualifikationsanforderungen an Frauen in ihren letztlich ausgeübten Berufen von dem erworbenen Ausbildungsniveau erheblich abweichen: 60 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen üben eine Tätigkeit aus, die keine Ausbildung oder lediglich eine Einarbeitungszeit von weniger als sechs Monaten bedingt<sup>4</sup>.

Die durch diese Daten deutlich werdende Benachteiligung der Frauen erhält ihr besonderes Gewicht dadurch, als sie zur ständigen Wiederherstellung von Unterprivilegierung und Unterordnung beiträgt. Das Bildungsniveau zählt zu den wesentlichen Merkmalen der Stellung der Gesellschaftsmitglieder in der gegebenen Sozialstruktur. Es ist verantwortlich für die Erlangung und Zuweisung von Berufspositionen und dient gleichsam als „Dirigierungsstätte“ für die Verteilung sozialökonomischer Chancen. Durch das geringe Qualifikationsniveau der Frau wird ihre berufliche und gesellschaftliche Einflußlosigkeit sowie Abhängigkeit vom Mann verfestigt und ihre widerspruchslose Anpassung an die gewohnte Unterordnung verewigt. Auch die vergleichsweise geringe Entlohnung der Frau resultiert nicht nur aus einer offenen Diskriminierung, sondern ebenfalls aus einer mangelhaften Ausbildung; gewerkschaftliche Tarifpolitik stößt hier auf enge Grenzen.

Ein Abbau des Bildungsgefälles und eine fundierte Schul- und Berufsausbildung hingegen sind notwendige Voraussetzungen für eine dem Mann gleichgestellte Position der Frau im Erwerbsprozeß, für eine ökonomische Unabhängigkeit und für eine Auflösung der einseitigen weiblichen Hausfrauen- und Mutterrolle. Die mit einer qualifizierten beruflichen Stellung verbundene größere Identifizierungsmöglichkeit mit dem außerfamiliären Bereich ermöglicht ein Abrücken von der traditionellen Rollenverteilung in der Familie. Neben einer stärkeren Teilhabe am politischen Leben kann vor allem ein Zuwachs der bislang recht geringen gewerkschaftlichen Organisation und Aktivität die Folge sein. Gewerkschaftliches Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Frau im Beruf bedingen einander.

---

3 Vgl. Pross, H., Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1972, S. 24.

4 Stooß, F., Zum Ausbildungsstand der Erwerbstätigen in der BRD, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2. Jg., Nr. 9, 1969, S. 750.

*Verursachung der Misere durch das besondere Wesen  
oder das Desinteresse der Frau?*

Sollen Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung dieser Zielperspektive aufgezeigt werden, muß zuvor Klarheit über die Ursachen der Situation herrschen. Erst die Kenntnis des Bedingungsgefüges der gesellschaftlichen Lage der Frau setzt einen Ausgangspunkt für Strategien und Wege zu einer Behebung der Misere. Der Rückzug auf das besondere *Wesen* der Frau zur Erklärung der Ausbildungssituation ist in der gegenwärtigen Diskussion noch nicht bedeutungslos. Es wird immer noch versucht, durch eine Wesensbestimmung der Frau spezifische, vom Mann abweichende Rollen und Aufgaben in der Gesellschaft zuzuweisen<sup>5</sup>. Produkte einer solchen Wesensideologie, die die Vorherrschaft des Mannes als angeborene zu stabilisieren sucht, sind zugewiesene Merkmalsausprägungen der Frau wie der Emotionalität, Hilfs- und Anlehnungsbedürftigkeit und Passivität. Geringe Intelligenz, mangelhafte technische Begabung, Eignung für sozialpflegerische Tätigkeiten und für monotone, sich wiederholende Arbeiten sowie die Berufung für Ehe und Familie stellen einige der Charakteristika dar, die die geringe Vertretung der Frauen auf den höheren Bildungsstufen begründen sollen.

Versucht man, sich mit diesen Auffassungen auseinanderzusetzen, wird *Menschlich* zuzustimmen sein: „Die vielseitigen Folgerungen, die aus der biologischen Gebärfunktion abgeleitet werden, (sprengen) den Rahmen rationaler Auseinandersetzung<sup>6</sup>.“ Naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind ja so lange nicht in Erfahrung zu bringen, bis die Geschlechter anders, d. h. gleich behandelt werden. Es ist leicht einsichtig, daß die Funktion der Wesensideologie letztlich in der Rechtfertigung und Festigung der Benachteiligung liegt. Wenig hilfreich für die Erklärung des Problems ist auch die These, fehlende Gleichberechtigung sei der mangelnden Initiative und dem *Desinteresse der Frau* zuzuschreiben. Weist Bundesminister *Focke* mit moralischem Zeigefinger darauf hin, daß das Bildungsangebot nicht ausreichend genutzt wird, die Frauen von den bestehenden Rechten zu wenig Gebrauch machen<sup>7</sup>, so wird damit die Ungleichstellung auf die Ebene eines individuellen Schicksals verlagert. Der Schritt, den Frauen zu unterstellen, sie seien an ihrer Lage selbst schuld, ist dann nicht mehr weit. In gefährlicher Form — weil hier die Verantwortung für die Misere den Betroffenen selbst angelastet wird — verkennt diese Argumentation die gesell-

---

5 Vgl. den ausführlichen Überblick in Lehr, LT., *Die Frau im Beruf*, Frankfurt/M., Bonn 1969, S. 8 ff. In einem neueren Beitrag sieht Lucker geschlechtsdifferente Persönlichkeitsmerkmale als endogen, d. h. biologisch determiniert, an. (Lucker, E., *Geschlechtsspezifische Persönlichkeitsunterschiede*, in: *Katholische Frauenbildung*, 75. Jg., Nr. 9, 1974, S. 449 ff.)

6 Menschik, J., *Gleichberechtigung oder Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1971, S. 75.

7 So in ihrem Beitrag: „Wir haben die Frauen nicht erst im ‚Jahr der Frau‘ entdeckt“, in: *Textil und Bekleidung*, Nr. 2, 1975.

schaftliche Bedingtheit des Problems. Eine Reihe von Bestimmungsfaktoren, die eben nicht in der freien Entscheidung der Frauen liegen, führen vielmehr mit einer gewissen Notwendigkeit zu einem Kreislauf ungleicher Bildungschancen für Frauen.

#### *Die geschlechtsspezifische Sozialisation in der Familie*

Als wesentliche Ursache für den ungenügenden Ausbildungs- und Qualifikationsstand muß dabei der geschlechtsspezifisch ausgerichtete Sozialisationsprozeß gelten. Die Sozialisation kann als lebenslanger Prozeß des Lernens sozialer Rollen, als Eingliederung des Individuums in die Gesellschaftsstruktur bezeichnet werden; sie wird von mehreren Ebenen aus geleistet, wobei der in der Familie verlaufenden Primärsozialisation für die Entwicklung des Kindes Vorrang eingeräumt werden muß. Der Sozialisationsprozeß verläuft für beide Geschlechter nicht gleichförmig, er ist durch die Vermittlung spezifischer Geschlechterrollen geprägt. Mit der Übernahme ihrer Geschlechtsidentität werden der Frau durch soziale Kontrollen abgesicherte Verhaltens- und Wertemuster auferlegt, die zur Anpassung an Unterordnung und Unterdrückung führen und sich nun in ihrem empirisch feststellbaren Selbstbild widerspiegeln. Die in diesem Prozeß vollzogene Rollen- und Statuszuweisung, die auf den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen basiert und diese wiederum aufbaut, festigt die Hausfrauen- und Mutterfunktion, die die lebenslange Erwerbsarbeit als verwerfliche Ausnahme erscheinen läßt. Bei den Frauen können so psychische Eigenschaften wachsen, die einen Ausbruch aus den gewohnten Bezügen im Alleingang nur schwer möglich machen.

In der familialen Sozialisation sind vom ersten Lebenstag des Kindes an je nach Geschlecht unterschiedliche Erziehungsprozesse zu beobachten. Anpassung stellt das erste Erziehungsziel beim Mädchen dar, es wird gefühls- und liebesorientiert behandelt und durch eine mehr psychologische Disziplinierung kontrolliert. Bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen wie Gefühlsbetontheit, Mütterlichkeit, Sauberkeit, Gehorsam werden beim Mädchen erwartet und gefördert, während beim Jungen dagegen Unabhängigkeit, Aggressivität und schöpferisches Denken im Vordergrund stehen. Nur solche Verhaltensweisen, die dem weiblichen Rollenbild entsprechen, werden zugelassen. Die Spielzeugauswahl für Mädchen in Form von Puppen legt dafür Zeugnis ab, Spielzeug für Mädchen soll den sog. „Mutterinstinkt“ wecken, dasjenige für Jungen den Forschungsdrang und das analytische Denken fördern.

Die verschiedenen Verhaltensweisen von Mutter und Vater, die Spiegelbild deren objektiver sozialer Lebenslagen sind, dienen als Vorbilder für die Kinder und werden ihnen zugeordnet. „Die Identifizierung des Kindes bezieht sich dann nicht nur auf das Geschlecht, sondern auf die Verhaltensweisen, die gleichsam zum Geschlecht gehören. So äußert sich die Identifizierung auch in der

Übernahme von geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen, in der identifizierenden Nachahmung<sup>8</sup>." Die durch fürsorgliche und schützende Züge gekennzeichnete Erziehungshaltung schlägt sich beim Mädchen in einer großen Unsicherheit, einer stark ausgeprägten Abhängigkeit sowie in einem geringen Selbstwertgefühl nieder und behindert den Aufbau des Interesses an einer selbständigen Umwelterforschung. Der Erfahrungsbereich der Mädchen wird von vornherein eingeschränkt, Fähigkeiten und Neigungen entwickeln sich in traditionelle Bereiche.

#### *Die Sozialisation von Mädchen in Schule und Hochschule*

Sowohl die Bildungsentscheidungen der Eltern für ihre Kinder als auch Schulverhalten und -leistungen der Mädchen selbst bauen auf diesen frühen Sozialisationseinflüssen auf. Die Vorstellungen der Eltern orientieren sich an dem Leitbild, daß bei der zu erwartenden Heirat und Familiengründung eine langwierige Ausbildung nicht lohnt. Die notwendige Förderung und Hilfe durch die Familie während der Schulzeit wird als weniger wichtig empfunden als bei einem Jungen. „So ehrgeizig die Pläne der Eltern sind, wenn es um den Sohn geht, so bescheiden sind sie für die Tochter<sup>9</sup>." Die Sozialisation von Mädchen in der Schule bietet für eine Änderung des starren Geschlechtsrollenaufbaus derzeit wenig Anlaß, es ist vielmehr anzunehmen, daß hier das alte Frauenbild eher verfestigt wird, das Erziehungssystem demnach als Mittel zur Festschreibung fungiert. In zahlreichen Analysen konnte so in den vergangenen Jahren nachgewiesen werden, daß das Frauenbild in Schullesebüchern der BRD die Geschlechtsrollen nur noch verstärkt und an alternative Verhaltensangebote, die den Einfluß der Primärsozialisation verschieben könnten, nicht zu denken ist<sup>10</sup>. Merkmale wie Aktivität, Eigenständigkeit, Selbstbewußtsein werden bei Frauen negativ, hingegen Familienorientierung, Häuslichkeit, Mütterlichkeit positiv bewertet. Die Aufgabe der Frau ist eindeutig auf das Haus beschränkt, berufstätige Frauen sind selten anzutreffen. Die wenigen weiblichen Berufe liegen ausschließlich im sozialen Bereich. Auch neuere Bücher ändern an dem Gesamteindruck wenig, dies läßt *Sollwedel* zu dem Schluß gelangen, „daß die Lebensverhältnisse der Frau im Lesebuch nach wie vor die einer unterprivilegierten Schicht sind“<sup>11</sup>. Dies ist nicht nur wegen der Wirkungen auf die Kinder interessant, sondern läßt auch Rückschlüsse auf die Einstellungen in den Schulverwaltungen, die den Büchern vor ihrer Verwendung in der Schule zustimmen müssen, zu. Als weiteres Beispiel zur Verhärtung der Geschlechtsrollenideologie in der Schule können die

---

8 Dannhauer, H., *Geschlecht und Persönlichkeit*, Berlin 1973, S. 80.

9 Sullerot, E., *Die Frau in der modernen Welt*, München 1971, S. 180.

10 Vgl. u. a. Silbermann, A., Krüger, U. M., *Abseits der Wirklichkeit. Zum Frauenbild in deutschen Lesebüchern*, Köln 1971.

11 Sollwedel, K., *Das neue Frauenbild in den Lesebüchern*, in: *Informationen für die Frau*, Nr. 6, 1970, S. 7.

Lehrpläne dienen. Nach der Analyse von *Borris* sind in fast allen Lehrplänen der Bundesländer für das Spektrum der Ausbildungsstufen Unterschiede in der Unterrichtung von Jungen und Mädchen festzustellen, bei Jungen wird das Schwergewicht auf die naturwissenschaftlichen, bei Mädchen auf hauswirtschaftliche und künstlerische Fächer gelegt<sup>12</sup>. Dies findet seine Begründung darin, daß Wesensmerkmale der Geschlechter nicht verwischt werden sollen.

Diese Einflußfaktoren in ihrer Gesamtheit lenken Mädchen stärker als Jungen auf untere Bildungsabschlüsse. Korrekturen an zu früh oder falsch getroffenen Bildungsentscheidungen werden durch den Mangel an Durchlässigkeit im vertikal gegliederten Bildungswesen erschwert. Hinzu kommt noch, daß nicht nur der Zugang zu höheren Bildungsinstitutionen, sondern auch der Lern- und Studienerfolg innerhalb dieser Institutionen für Mädchen und Frauen beschränkt ist. Sie müssen mit stärkeren Widerständen rechnen, anerzogene Rollenbilder aufgeben und größere Energien aufbringen. Die deutlich höheren Studienabbruchquoten von weiblichen gegenüber männlichen Studenten finden hier ihre Erklärung. Lassen sich Studium, Haushalt und die Erziehung der Kinder — bei dem Mangel an Kindergartenplätzen — nicht vereinigen, wird in der Regel die Frau die weitere Ausbildung aufgeben. Aber auch mangelnde Studienmotivation, steigender Leistungsdruck, psychische Schwierigkeiten, Vereinsamung und soziale Distanz stellen gerade für Frauen weitere Gründe für einen Studienabbruch dar.

#### *Bildungsverbot für Arbeitertöchter*

Die geschlechtsspezifische Ausprägung der skizzierten Problemlage wird nun von schichtspezifischen Faktoren überlagert, die Ungleichheit bewegt sich im Rahmen der Klassenschranken. Das Geschlecht wirkt sich „als isolierte Größe (...) weniger hemmend aus als die gesellschaftliche Herkunft. Erst in der Kombination mit anderen sozialen Faktoren wird es zu einer Art Bildungsverbot<sup>13</sup>.“ Arbeitertöchter besitzen so die geringsten Chancen, eine ihren Begabungen entsprechende Ausbildung zu erhalten. Als Beispiel dafür sei die Sozialstruktur der Studentenschaft der Universität Köln genannt: Hatten sich an der gesamten Universität Frauen zu 28,2 Prozent immatrikuliert, so waren unter den studierenden Arbeiterkindern nur 20,1 Prozent weiblichen Geschlechts. Von allen männlichen Studenten zählten 11,1 Prozent als Arbeiterkinder, von allen weiblichen Studenten nur 7,9 Prozent<sup>14</sup>. Die schichtspezifische Sozialisation durch die Eltern, die in Abhängigkeit zu deren objektiven Lebensverhältnissen, vor allem zur Stellung im Arbeitsprozeß, steht, hat gerade bei Mädchen die ungün-

---

12 Borris, M., Die Benachteiligung der Mädchen in Schulen der Bundesrepublik und West-Berlin, Frankfurt/M. 1972, S. 46 ff.

13 Press, H., a.a.O., S. 17 f.

14 Bäcker, G., Hofemann, K., Die soziale Lage der Studenten an der Universität zu Köln, Köln 1975, S. 53 f.

stigsten Auswirkungen. Durch die Einstellungs- und Verhaltensdispositionen der Eltern bilden sich bei Mädchen aus der Unterschicht Persönlichkeitsmerkmale heraus, die sowohl zu ungünstigen Bedingungen bei der Schulwahl als auch zum ungünstigen Abschneiden im schulischen Sozialisationsprozeß führen. Bei dem beschränkten finanziellen Spielraum in sozial schwachen Familien werden Bildungsausgaben für Mädchen immer nachrangig behandelt, besitzen doch speziell in diesem Milieu die traditionellen Funktions- und Wesensbestimmungen der Frau noch ihre größte Verbindlichkeit.

*Entwicklung der Bildungs- und Ausbildungssituation und  
Ansatzpunkte zu Problemlösungen*

Eine grundlegende Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation der Frauen ist nicht in Sicht. Mag am Beispiel des Anstiegs der Studentinnenquote in fünf Jahren von 24,9 Prozent (1967) auf 32,2 Prozent (1972)<sup>15</sup> auf den ersten Blick auch eine optimistische Einschätzung statthaft sein, so ist nach einer genaueren Analyse jedoch Skepsis angebracht. Zum einen gilt es darauf hinzuweisen, daß Studentinnen in den wenigen Studiengängen konzentriert sind, die für das Lehramt an Schulen befähigen; in den typisch männlichen Studienfächern hat sich die geschlechtsspezifisch ungleichmäßige Verteilung nahezu konserviert: So finden wir an den Pädagogischen Hochschulen zu 61,1 Prozent Frauen; an den Universitäten (inkl. Technische Hochschulen) aber nur zu 26,8 Prozent (1967: 23,6 Prozent). Die Hälfte aller Studentinnen an den Universitäten strebt den Lehrerberuf an; von allen Studierenden waren hingegen in den Fachbereichen Rechtswissenschaft nur 14,4 Prozent, Wirtschaftswissenschaften 13,2 Prozent, Architektur 9,7 Prozent, Physik 7,2 Prozent, Elektrotechnik 1,8 Prozent und Maschinenbau 0,5 Prozent Frauen<sup>16</sup>. Zum anderen muß berücksichtigt werden, daß der Anstieg der Studentinnenquote parallel läuft mit der allgemeinen Expansionsphase des Bildungswesens. Im Zuge der Öffnung der Hochschulen für breitere Bevölkerungskreise konnte sich der Frauenanteil auch ohne eine scharfe Konkurrenz mit den Männern erhöhen. Die bildungspolitische Entwicklung der letzten Zeit, die durch den totalen Numerus clausus mit seiner Rückverlagerung auf untere Bildungsstufen, den verschärften Leistungsdruck im Studium sowie den Abbau der staatlichen Ausbildungsförderung charakterisiert ist, wird aber im Gegenzug eben diese Verdrängungskonkurrenz zur Konsequenz haben. Weibliche Studenten, insbesondere Arbeitertöchter, werden zurückstecken müssen. Allein die in Zukunft rigiden Zulassungsbeschränkungen für das Lehrstudium lassen eine Konstanz oder gar einen Rückgang des Frauenanteils an der Gesamtstudentenschaft wahrscheinlich machen.

---

<sup>15</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch 1974, a.a.O., S. 84 ff.

<sup>16</sup> Kath. G., Das soziale Bild der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache 7/2803, S. 37 ff.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus unseren Überlegungen für eine Politik, die durch die Beseitigung von Bildungsdefiziten Voraussetzungen für eine Emanzipation der Frau schaffen will? Begreifen wir das gesellschaftliche Teilsystem „Ausbildung“ nicht als ausschließlichen Reflex vorhandener Strukturen, sondern billigen ihm auch die Möglichkeit zu, Motor zur Strukturveränderung zu sein und den Kreislauf der Unterordnung der Frau aufzubrechen, werden bildungspolitische Forderungen zu stellen sein. Eine konsequente und umfassende Bildungspolitik, die sich an der Förderung von Kindern aus sozial schwachen Gruppen orientiert und die Lehrinhalte auf ein neues Frauenbild ausrichtet, eröffnet einen Weg zur Erweiterung des Anteils von Mädchen auf den höheren Bildungsstufen. Die bildungspolitischen Vorstellungen des DGB aus dem Jahre 1972 haben — auch für das Frauenproblem — nichts an Bedeutung verloren, ihre Durchsetzung in einer Zeit bildungspolitischer Rückschritte ist notwendiger, freilich auch schwieriger denn je. Die Änderung der Geschlechtsrollenfixierung in der familialen Sozialisation wird zur Aufgabe einer Familienpolitik werden, die durch die Stärkung der Außenbeziehungen der Familie und die Ausgleichswirkungen einer frühzeitigen öffentlichen Erziehung auch frühkindliche Prozesse beeinflussen will<sup>17</sup>.

Bildungspolitik kann weder die Emanzipation der Frau im Alleingang erreichen noch an der Lebenslage der Frauen in der BRD „vorbeisozialisieren“. Bleiben die beruflichen Qualifikationsanforderungen und die Arbeitssituation unverändert, klafft eine Lücke zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Nicht aber das Ausrichten der Bildungspolitik an den kurzfristigen Produktionsinteressen, sondern der umgekehrte Vorgang, die Änderung des Beschäftigungs- und Produktionssystems wird im Interesse der Frauen vollzogen werden müssen.

---

<sup>17</sup> Vgl. dazu den richtungweisenden Zweiten Familienbericht mit dem Bericht der Sachverständigenkommission: „Familie und Sozialisation“, hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1975.